Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 199. **Donnerstag** den 17. Juli 1884. **78. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

An unsere Mitbürger!

Nur wenige Tage noch und die Theilnehmer an dem großen nationalen Feste, dem achten deutschen Bundesschießen, werden in den Mauern unserer Stadt ihren Einzug halten. Unsere Bürgerschaft rüstet sich, den von Nah und Fern herbeiströmenden Gästen einen Willkommen zu bieten, wie er unserer Stadt und ihrer altbewährten Gastfreundschaft würdig ist. Durch den Zusammenfluß so vieler Tausende von Fremden und Einheimischen erwachsen aber den mit der Sicherung des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung betrauten Behörden so gewaltige und schwierige Aufgaben, daß eine gedeihliche Lösung derselben überhaupt nur dann möglich erscheint, wenn jeder Einzelne unserer Mitbürger sich der Wichtigkeit dieser Aufgaben bewußt und bereit ist, auch an seinem Theile an deren Bewältigung mitzuwirken und die Behörden wie deren Organe bei ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung thatkräftig zu unterstützen. Wir wissen, daß es nur eines Wortes und einer Bitte an die gesammte Bürgerschaft bedarf, um uns diese Mitwirkung und Unterstützung im weitesten Umfange zu sichern, und wir erblicken in dieser Thatsache eine bessere Garantie für ein ungetrübtes Gelingen des Festes als in einem Ergreifen besonderer polizeilicher Maßnahmen. Der bewährte Ordnungssinn unserer Mitbürger, welcher bereits bei früheren ähnlichen Festen in so glänzender Weise sich bethätigt hat, er wird auch dieses Mal wieder, dessen sind wir gewiß, jede Störung des Festes fernhalten und unserer Stadt von Neuem den Ruf einer Feststadt in des Wortes bester Bedeutung erwerben.

In diesem sicheren Vertrauen auf die Mithülfe unserer Mitbürger bei der Ausübung unserer Pflichten sehen wir voll freudigster Zuversicht dem Feste und dem Eintreffen unserer Gäste entgegen.

Leipzig, am 15. Juli 1884.

Der Rath und das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bretschneider.

Bekanntmachung.

500 Mark Belohnung!

Am 31. Mai hat ein Betrüger in Dresden an mehreren Stellen ein möblirtes Zimmer gemiethet und in den betreffenden Behausungen auf Grund gefälschter Postanweisungen Geldbeträge in Empfang genommen, welche unter der Adresse der Zimmervermiether oder per Adr. jener Vermiether eingingen. Am 1. Juni (Pfingstsonntag) hat dieselbe Person auf gleiche Weise in Leschwitz Geld zu erlangen gewußt.

Der Betrüger ist unter den Namen **Curt Holz, Willy Nierenstein, Arlt und Albert Quiatkowski** aufgetreten mit dem Vorgeben, Geld aus Danzig zu erwarten; er ist mittlerer Größe, etwa 25 Jahre alt, von sicherem, höflichem Benehmen, war dunkel und anständig gekleidet und trug dunkelblonden Schnurr- und Backenbart. In Leschwitz ist der Betrüger ohne Backenbart aufgetreten.

In einem Falle ist bei der Zimmervermietherin ein anderer junger Mann, etwa 25 Jahre alt, mit schwarzem Haar und kleinem schwarzen Schnurrbart, einige Stunden vor der Empfangnahme des Geldes durch jenen Betrüger erschienen, um der Vermietherin das bevorstehende Eintreffen einer Geldsendung mitzutheilen.

Demjenigen, welcher den Gerichtsbehörden oder dem Unterzeichneten derartige Mittheilungen über die Betrüger macht, daß deren Ergreifung gelingt, wird eine Belohnung von

500 Mark

hiermit zugesichert.

Dresden-Altst., 15. Juli 1884.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
In Vertretung:
Wedlack.

Bekanntmachung.

Zur Erinnerung an unsern verstorbenen Ehrenbürger Wirkl. Geheimen Rath, Ordinarius der Juristenfacultät Prof. Dr. **Carl Georg von Wächter,** haben wir die in der Verlängerung der Pleißen-Straße von der Pleiße am Baublock für das Reichsgericht beginnende bis zur Beethoven-Straße führende Straße II des südwestlichen Bebauungsplanes

Wächter-Straße

benannt.

Leipzig, am 11. Juli 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Auctions-Bekanntmachung.

Sonnabend, den 19. d. M., Vormittags 9 Uhr sollen im Hofe des Grundstücks Obstmarkt 3 (Stadthaus, Eingang Mühlgasse 7)

circa 16 Centner Weizenmehl

versteigert werden.

Leipzig, den 16. Juli 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Reuker.

Gewölbe-Vermiethung.

Eingetretener Umstände halber soll das zeither an Herrn Kaufmann **Küntzel** vermiethet gewesene **Bühnengewölbe Nr. 4 unter dem Rathhause** (Marktseite) **sofort** oder nach Befinden **vom 1. October ds. Js.** an gegen **einhalbjährliche Kündigung**

Dienstag, den 22. ds. Mon., Vormittags 11 Uhr

auf dem **Rathhause,** I. Etage, Zimmer Nr. 17, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 7. Juli 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stoß.

Erfolgter Anzeige zufolge ist das der **Emilie Minna Möbius** aus Radetz vom Gemeindevorstande Trotha b. Halle a/S. ausgestellte Dienstbuch in hiesiger Stadt abhanden gekommen. Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle hier abzugeben.

Leipzig, den 14. Juli 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. W.

Bayerische Straße Nr. 118, Hof,

soll Sonnabend, den 19. d. M., 12½ Uhr Nachmittags, eine complette Dampfmaschine von 3 Pferdekräften, eine Drehbank für Dampfbetrieb, eine dergleichen für Fußbetrieb, ein Schwungrad, zwei Schraubstöcke und eine Brückenwaage versteigert werden.

Leipzig, den 14. Juli 1884.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

K. Sächs. Standesamt.

Nächsten Sonntag, den 20. Juli, werden Anmeldungen von Todtgeburten und Sterbefällen **nur Vormittags** zwischen 8 und 9 Uhr angenommen.

Leipzig, den 16. Juli 1884.

Der Standesbeamte
Director Julius Burckhardt.

Bekanntmachung.

Die Beschaffung von **Mobiliar** für die **VIII. Bezirksschule** soll vergeben werden. Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen können auf dem Bauamt (Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5) entnommen werden. Die Gebote sind versiegelt und mit der Aufschrift: „Mobiliar, VIII. Bezirks-Schule" bis zum 21. Juli c. Nachmittags 5 Uhr auf dem Bauamte einzureichen.

Leipzig, am 16. Juli 1884.

Die Baudeputation des Raths.

Auctionslocal des Königl. Amtsgerichts.

Freitag, den 18. ds. Mts., von 10 Uhr Vormittags an, Versteigerung von **Möbeln, Kleidungsstücken, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengeräthen** rc. — Nachmittags 3 Uhr Fortsetzung.

Leipzig, am 15. Juli 1884.

Bielß, Auctionator.

Nichtamtlicher Theil.

Der Kampf um die Wahlreform in England.

Parlamentsmüdigkeit, wie sie bei uns spätestens Mitte Juni einzutreten pflegt, scheint man in England nicht zu kennen. Wenn dort wichtige Vorlagen zu erledigen sind, besonders wenn ein Kampf zwischen den beiden Häusern entbrannt ist, dann weicht keiner vom Platze, bis die Sache entschieden ist. Je größer die Ausdauer der englischen Volksvertreter in Ausübung ihrer parlamentarischen Berufspflichten ist, desto schlechter ist es mit der Berichterstattung über die Parlamentssitzungen für das Ausland bestellt. Der gewissenhafte Sammler der Thatsachen, aus welchen sich die Tagesgeschichte zusammensetzt, ist den englischen Parlamentberichten gegenüber, welche uns der Telegraph aus London übermittelt, rathlos; so lückenhaft und förmlich auf die Züchtung von Mißverständnissen berechnet erscheinen dieselben. Von der wichtigen Oberhaussitzung vom 8. Juli, in welcher die zweite Lesung der Wahlreform stattfand, wußte der Telegraph nichts weiter zu melden, als die Stimmenzahl der Anhänger und Gegner der Vorlage. Erst einige Tage später erfuhr man indirect durch den Bericht über die von Gladstone berufene Versammlung der liberalen Mitglieder des Unterhauses, daß Lord Salisbury eine große Rede gegen die Bill gehalten habe, in welcher er es ablehnte, einen Gesetzesvorschlag mit dem Strick um den Hals zu discutiren. In diesem Berichte fehlte aber wiederum die Hauptsache; denn es stand darin kein Wort von dem Compromiß zu lesen, welches die Regierung dem Oberhause angeboten hatte, und erst der Bericht über die beiden stürmischen Sitzungen des Oberhauses und Unterhauses am 11. Juli, in welchen es zu Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Conservativen kam, brachte die Aufklärung, daß Gladstone einen solchen Compromißvorschlag gemacht, daß aber Salisbury kein Wort darüber in seiner Rede gesagt hatte, weil er den Vorschlag als vertraulich ansah. Das Compromiß bestand aber darin, daß die conservative Mehrheit des Oberhauses die Wahlreform annehmen und daß dann die Regierung in einer Herbstsession eine Bill über die Neueintheilung der Wahlbezirke vorlegen sollte. Dieses Compromiß war für das Oberhaus aus dem Grunde annehmbar, weil dadurch die willkürliche Abgrenzung der Wahlbezirke bei den nächsten unter Geltung des neuen Wahlgesetzes ausgeschriebenen Wahlen verhindert wurde. So war also eine ganze Kette von Ereignissen erforderlich, um außerhalb Englands die nöthigen Grundlagen für das Verständniß der wichtigen Vorgänge zu gewinnen, auf welchen eine ganz neue Phase des englischen Verfassungslebens beruht.

Erst in den Parlamentssitzungen vom 11. Juli kam die versöhnliche Stimmung der Conservativen zum Durchbruch und das sicherste Kennzeichen ihres Vorhandenseins war der Ausdruck des Bedauerns, zu welchem sich der conservative Heißsporn Lord Churchill herbeiließ, weil er Gladstone gegenüber den Vorwurf der Ehrlosigkeit erhoben hatte. Gestalt nahm die versöhnliche Stimmung an durch den Antrag des Lord Wemyß, welcher dem Oberhause eine Resolution des Inhalts vorschlug, daß die Berathung der Wahlreformbill im Oberhause fortgesetzt werden müßte, um die Annahme derselben noch in der gegenwärtigen Session zu ermöglichen. Ferner sollte das Haus eine Adresse an die Königin erlassen mit der Bitte, das Parlament im October zu berufen, um den Entwurf der Reorganisation der Wahlcollegien zu berathen, welchen das Cabinet vorzulegen versprach, sobald die Wahlreformbill die königliche Bestätigung erhalten habe. Lord Wemyß brachte seinen Antrag nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, schon am Montag ein, sondern kündigte ihn an diesem Tage erst für Donnerstag an, offenbar in der Absicht, damit in der Zwischenzeit für die Annahme agitirt werden könne. Lord Salisbury, der Führer der Conservativen im Oberhause, hat am Montag erklärt, daß er mit dem Antrage seines Collegen Wemyß nicht einverstanden sei, nach seiner Ansicht muß zuerst der am 8. Juli gefaßte Beschluß des Oberhauses, nicht in die zweite Lesung der Wahlreformbill einzutreten, wieder aufgehoben werden. Gegen die Richtigkeit dieser Auffassung läßt sich in der That nichts einwenden; denn der Antrag von Lord Wemyß bedeutet nichts Anderes, als die Verneinung des am 8. Juli gefaßten Oberhausbeschlusses; aber weil dem so ist, wäre die formelle Aufhebung des Beschlusses vom 8. Juli überflüssig, in der Annahme der von Lord Wemyß vorgeschlagenen Resolution ist die Aufhebung bereits enthalten. Lord Granville, der Minister des Auswärtigen, sagte die Unterstützung des Antrages zu und versprach zugleich, für den Fall der Annahme der Reformbill im November eine Bill über die Neueintheilung der Wahlkreise vorzulegen. Heute wird demgemäß die Entscheidung des Kampfes über die Wahlreform im Oberhause fallen, wenn die ehrenwerthen Lords nicht eine Vertagung der Sache vorziehen sollten, was bei der Gegnerschaft Salisbury's gegen den Antrag Wemyß sehr leicht möglich ist.

Aber es sprechen viele Gründe für die Annahme des Antrages, und der Hauptgrund ist die gegen die Conservativen im Volke herrschende Aufregung wegen ihrer Weigerung, das Wahlgesetz zu votiren. Am 21. Juli wird in Hydepark eine Monstreversammlung von kaum dagewesenen Dimensionen zu Gunsten der Wahlreform stattfinden, und es fragt sich, ob einer solchen Kundgebung gegenüber die Tories an ihrem Beschluß vom 8. Juli festhalten werden. An ihrem guten Recht, so zu handeln, ist nicht zu zweifeln, aber die Stimmung ist, trotz der gerade nicht sehr feinen Winkelzüge Gladstone's, durch welche er das Oberhaus in eine Zwangslage versetzt hat, entschieden gegen die conservative Mehrheit des Hauses gerichtet. Das Wort, welches John Bright in der Versammlung der liberalen Parlamentsmitglieder vom 16. Juli aussprach, hat gezündet, die öffentliche Meinung verlangt nach einer Verminderung der Rechte des Oberhauses, das unbedingte Vetorecht soll dem Hause genommen werden, damit hinfort nicht durch sein Sträuben gegen nöthige Reformen die Ausführung derselben vereitelt werden kann.

So heilsam dieses Veto ist, so kann es allerdings auch zum Schaden des Staates ausschlagen, und so scheint die Sache mit der Wahlreform zu liegen. Eine Ausdehnung des Wahlrechts ist auf die Dauer nicht mehr zu verhindern, wenn nicht die Unzufriedenheit der das Wahlrecht beanspruchenden Classe zu Ausschreitungen führen soll. Das sieht auch Lord Salisbury sehr wohl ein, aber er will die Wahlreform nicht mit dem Strick um den Hals votiren, er will sie nur unter der Bürgschaft bewilligen, daß die conservative Partei nicht durch willkürliche Abgrenzung der Wahlkreise lahm gelegt wird, er will sich der liberalen Regierung nicht mit gebundenen Händen überliefern. Nun erdreist sich Gladstone freilich, ein Gesetz für die Neueintheilung der Wahlkreise vorzulegen, aber was kann eine solche Vorlage helfen, nachdem bereits die Conservativen ihr Recht durch Annahme der Wahlreform aus den Händen gegeben haben? Salisbury spricht deshalb von seinem Standpuncte aus ganz berechtigt von einem halben Wahlgesetz. Ganz ist das Wahlgesetz erst, wenn die durch Erweiterung des Wahlrechts bedingte Neueintheilung den Wahlkreise damit verbunden wird. Gladstone will dieses Gesetz erst als Belohnung für die Bewilligung der Wahlreform geben. Das nennt er Compromiß, Salisbury aber nennt es Hinterlist mit der Absicht, die Conservativen der öffentlichen Meinung als Feinde jeder nöthigen Reform anzuklagen. Die Bewegung für die Wahlreform in der Gestalt, welche ihr Gladstone gegeben, ist stark und mächtig, die große Masse des Volks stellt keine Erwägungen darüber an, ob die Conservativen im Interesse der Parteitaktik klug oder unklug handeln, wenn sie die Bill annehmen, sondern sie verlangt die Annahme des Gesetzes mit Ungestüm. Solchem Ansturm der öffentlichen Meinung Stand zu halten, erfordert großen Muth, und wenn Lord Salisbury und seine Anhänger diesen Muth zeigen, so wäre es leicht möglich, daß sie den Sieg behalten. Die Annahme des Antrages Wemyß wäre ein Zeichen von Schwäche und Furcht.

Leipzig, 17. Juli 1884.

Die „Liberale Correspondenz", das Organ des rechten Flügels der deutsch-freisinnigen Partei, bringt in ihrer jüngsten Nummer einen Artikel über den nationalliberalen Parteitag in Elberfeld, worin sie an der Hand der bisherigen Wahlresultate ihre Verwunderung darüber ausspricht, daß die Nationalliberalen auch in der Rheinprovinz beabsichtigen, selbstständig vorzugehen. Unter Anderm wird in dem Artikel gesagt: „In Kreuznach wurde Herrn von Treitschke im ersten Wahlgange ein nationalliberaler Candidat gegenübergestellt. Wir dürfen wohl annehmen, daß man von nationalliberaler Seite diesmal Herrn von Treitschke schon im ersten Wahlgange die Stimmen giebt." Wie wir bestimmt hören, wird Herr von Treitschke nicht wieder candidiren; die „Liberale Correspondenz" braucht sich also vor der Hand noch nicht über die Abstimmung der nationalliberalen Wähler im Kreise Kreuznach-Simmen den Kopf zu zerbrechen. Auch die „Kreuzzeitung" kann sich beruhigen, welche sich über eine angebliche Candidatur Wehrenpfennig in einem kurhessischen Wahlkreise sehr nervös erregt zeigt. Sie will den „vortragenden Rath eines conservativen Ministers", der in den Wahlkampf eintritt, „um den Conservativen einen Bezirk zu entreißen", schon einem Examen in Betreff früher gethaner Aeußerungen unterwerfen; unseres Wissens denkt Herr Dr. Wehrenpfennig nicht daran, sich in irgend welcher Weise an den kommenden Wahlen zu betheiligen.

* Einer der interessantesten Wahlkämpfe der bevorstehenden Saison dürfte sich in Alzey-Bingen, wo Herrn Bamberger, dem bisherigen Mandatsinhaber, Herr v. Schauß als nationalliberaler Candidat gegenübergestellt ist, abspielen. Ueber die bisherigen Vorgänge, die zu den bekannten erregten Versammlungen in Sprendlingen führten, macht ein im „Frankfurter Journal" veröffentlichtes Schreiben Mittheilungen, denen wir Folgendes entnehmen:

Die Geschichte der Candidatur Schauß ist kurz. Herr v. Schauß sprach auf der Landesversammlung der hessischen Nationalliberalen am 29. v. M. und imponirte den dort anwesenden Vertrauensmännern und Parteimitgliedern aus dem Bamberger'schen Wahlkreise derart, daß die Herren Jeder einzeln auf den Gedanken dieser Candidatur kamen, wie ein Ideenaustausch sofort nach Schluß jener Versammlung documentirte. Gegen die Wiederwahl Bamberger's hatte sich bekanntlich schon das letzte Mal eine bedeutende Opposition gebildet. Nur das verspätete Auftreten des Gegencandidaten, Hepp-Worms, trug die Schuld daran, daß Bamberger noch einmal in den Reichstag geschickt wurde, dessen Schlußsitzungen er wahrlich nicht zierte. Wir waren damals selbst von der Größe der Minorität überrascht. Hatten auch die einsichtigen Elemente im Kreis die Secession von Anfang an verurtheilt, sie glaubten, daß dieses Urtheil doch noch nicht in solchem Maße von den breiten Schichten der Bevölkerung getheilt werde, wie sich nachträglich herausstellte. Unsere Acker- und Weinbau treibende Bevölkerung muß ja gerade dem Fürsten Reichskanzler für seine veränderte Wirthschaftspolitik dankbar sein, nirgend wo weniger paßt Manchestertheorie und Freihandel hin, denn nach Alzey-Bingen. Unser Wahlkreis hat Bamberger gewählt, als der ehemalige Demokrat sich vor der Größe des neuen Reiches und Derer, die es gründeten, aufrichtig beugte, wir wollten einen nationalen Mann nach Berlin in den Reichstag senden und zu den nationalst gesinnten gehörte damals Bamberger. Wir dachten damals freilich nicht daran, daß die uns vorgetragene Begeisterung Bamberger's einfach ein Rausch war, der verflog, wie mancher andere, und von dem ernüchterten Herrn mit der jetzigen Kopenjammerphysiognomie wenden wir uns bedauernd ab. Schon vor drei Jahren waren es nur ein paar hundert Stimmen, mit denen Bamberger über seinen Gegner siegte, für welchen so viel wie gar keine Agitation gemacht wurde. Hat der Wahlkreis sich damals mit solch' imposanter Stimmenzahl gegen die Secession ausgesprochen — er ist seitdem nicht günstiger auf sie und ihren Führer zu sprechen. Hat Herr Bamberger damals durch sein Abirren von den nationalen Zielen, wie sie uns vor Augen stehen, schon so viele Stimmen gegen sich herausbeschworen, er hat sich jetzt um den letzten Credit bei allen nationalen Elementen gebracht, sein Gebahren in Commission und Reichstag hat hier tiefen Eindruck gemacht. Die große Minorität der Reichstagswahlen von 1881 ist inzwischen wahrhaftig nicht für Bamberger günstig gestimmt geworden, wohl aber ist seitdem die Stimmung in großen Kreisen seiner damaligen Anhänger ins Gegentheil umgeschlagen, es sind nicht wenige Wähler, die bei aller Anhänglichkeit an den nationalen Bamberger sein neuerdings Auftreten geradezu in unser Lager getrieben wurden. Es ist viel politischer Sinn in Rheinhessen und ein gesunder Takt, der das Rechte zu treffen weiß, namentlich in nationalen Dingen, und beide stehen nicht auf Bamberger's Seite. Ich wende große Gewissenhaftigkeit walten lassen, in denen Bamberger früher alle, jetzt kaum mehr den vierten Theil der Stimmen erhält; das wissen die Gegner so gut wie ich, deshalb ihr verzweifelter Versuch, auf der ersten Versammlung zu Sprendlingen die Nationalliberalen niederzuschreien, deshalb die unwahren Schilderungen über diese Versammlung in ihrer Presse, deshalb die Vordatirung einer freisinnigen Versammlung, die erst auf den 6. Juli anberaumt war, auf den 29. Juni, den Tag der nationalliberalen Landesversammlung zu Darmstadt, für welche die nationalliberalen Redner gebunden waren, also nicht in Sprendlingen erscheinen konnten. Und trotzdem deshalb auch das Ausbleiben Herrn Bamberger's von dieser Versammlung; Herr Rickert wurde vorausgeschickt, um zu sondiren und die Stimmung für seinen Freund wieder vorzubereiten, was die Bamberger'schen Wanderprediger im Kreise selbst nicht zu Wege bringen konnten.

* Herr Dr. Sigl, welcher kürzlich wegen Beleidigung des bayerischen Kriegsministers zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, schreibt in der jüngsten Nummer seines „Vaterland" über den „Liberalismus": „Er lauert nur auf eine Gelegenheit, um wieder zur Herrschaft zu gelangen und dann den Katholiken die frühere Niederlage mit Zinsen zurückzuzahlen. Wo wir mit Glacehandschuhen anpackten, kommt dort die brutale Faust und man züchtigt uns mit eisernen Ruthen." Die „Glacehandschuhe" des Herrn Dr. Sigl dürften zweifellos zu den Curiositäten zählen.

* Die Wiener „Presse" bezeichnet als das hervorragendste Ergebniß der Reise des österreichisch-ungarischen Finanzministers von Kallay in die occupirten Provinzen die Thatsache, daß die ehemaligen Klagen der Bevölkerung über die Art und Weise der Verwaltung und über den bosnischen Beamtenkörper auf ein erträgliches Maß reducirt erscheinen. Die momentanen Wünsche der Einwohner betreffen zumeist materielle Angelegenheiten und drehen sich um Besitzverhältnisse und Steuerfragen, in welcher Beziehung allerdings eine gründliche Reform nothwendig sei.

* In Rußland sind, um den Diebereien der Beamten wirksamer Einhalt thun zu können, die Strafbestimmungen für Aneignung und Verschleuderung fremder, öffentlicher oder privater Gelder beträchtlich verschärft worden. In Zukunft wird Veruntreuung von Summen, selbst unter 300 Rbl., mit Gefängnißhaft und Verlust der besonderen persönlichen und Standesrechte bestraft, wobei auch Leute sogen. „privilegirten Standes" ihre Haft im Gefängniß selbst abzubüßen haben werden. Ist die Summe aber eine größere, oder erscheint der Fall sonstwie als ein qualificirter, so kann die Strafe bis zur Verbannung nach Sibirien zur Ansiedelung, unter Verlust aller Rechte, gehen, was bisher nicht der Fall war.

* Die Hauptstadt Rumäniens ist am Montag zum Schauplatze lärmender Straßenkundgebungen von geradezu revolutionärem Charakter gemacht worden, welche als das Werk der vereinigten Opposition zu betrachten sind. Das Treiben derselben war so provocatorisch wie möglich. Man hatte eine „Volksversammlung" einberufen, zur Revolte auffordernde Proclamationen vertheilt, und einer der Hauptheher, Bernesco, verstieg sich soweit, Insulten und heftige Drohungen gegen die Person des Königs auszustoßen. Wenn der Majestätsbeleidiger aber gehofft hatte, sich durch solche Zügellosigkeiten seinen Zuhörern angenehm zu machen, so erwies der weitere Verlauf der Sache das gänzlich Verfehlte seiner Speculation. Die ausländischen Elemente der Bevölkerung protestirten auf das Nachdrücklichste gegen die Aeußerungen Bernesco's; es kam zu Thätlichkeiten; mehrere Oppositionsführer, welche von Revolvern Gebrauch machten, entgingen nur mit genauer Noth dem Schicksale, gelyncht zu werden. Schließlich wurde durch das Einschreiten der Executive zwar die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, aber das Vorgefallene zeigt doch, welcher Handlungen die Freunde der gegenwärtigen Situation des Königreichs Rumänien fähig sind. Bekanntlich steht ein Besuch des Königs Karl am benachbarten serbischen Hofe in naher Aussicht. Wiener Blätter besprachen denselben mit Wohlwollen und freuten sich seiner als eines Symptoms, daß beide in Betracht kommenden Staaten sich in der Erkenntniß der Bedingungen ihrer gegenwärtigen und